Jugendamt und AWO einig: Das Kinderbildungsgesetz muss erheblich verbessert werden

Die Finanzierung der Kindergärten muss nach Auffassung des AWO-Unterbezirks und des Bergkamener auf eine neue und vor allem für die Träger auskömmliche Grundlage gestellt werden. Das gilt insbesondere für die Gebäude.



Informationsbesuch in der AWO-Kita Sonnenblume in Rünthe – die Großen von links: AWO-Fachbereichsleiterin Annette Schütte, Rainer Goepfert, Christine Busch, Udo Harder und die Leiterin der beiden Rünther AWO-Kitas Kornelia Finke.

Tritt hier eine Notlage ein, etwa durch eine plötzlich notwendige Reparatur des Daches oder der Heizungsanlage, dann ist kein Kindergartenträger in Bergkamen in der Lage, dies aus Mitteln des Kinderbildungsgesetzes (Kibiz) zu finanzieren“, erklärte Jugendamtsleiter Udo Harder bei einem Besuchstermin der AWO-Kita Sonnenblume in Rünthe. AWO-

Unterbezirksgeschäftsführer Rainer Goepfert und die für die Kindergärten zuständige Beigeordnete Christine Busch pflichteten ihm bei. Nicht nur in den Schulen gebe es einen Sanierungsstau.

2014 hat die AWO ihre Kindergärten im Kreis Unna durch einen Architekten begutachten lassen. Erfreuliches Ergebnis ist, dass sie den geforderten Normen entsprechen. Klar ist aber auch seitdem, dass noch viel Geld in die Gebäude investiert werden müsste. Allein für die Kita Sonnenblume an der Rünther Straße hat der Architekt einen Finanzierungsbedarf in Höhe von 253.000 Euro errechnet. Das Kinderbildungsgesetz NRW gesteht der Kita mit eineinhalb Gruppen gerade 5000 Euro pro Jahr zu.

Dabei geht es nicht um Schönheitsreparaturen, sondern vor allem um räumliche Erweiterungen, damit die Kitas in die Lage versetzt werden, ihren Bildungsauftrag zu erfüllen. So wird die Zahl der Kita-Kinder immer größer, die ein Mittagessen bekommen. Doch kaum einer der Bergkamener Kindergärten verfüge über eine vernünftige Küche, erklärte Harder. Auf der Wunschliste stehen außerdem Differenzierungs- und Wickelräume sowie Rückzugsmöglichkeiten für Elterngespräche. Dies alles sei nicht mit den Mittel aus dem bestehenden Kinderbildungsgesetz zu bezahlen.

Naturheilkunde für zu Hause: Vortrag in der Ökologiestation

Ob Husten oder Halsschmerzen, Bauchschmerzen oder Blasenentzündung, Schlaflosigkeit, Unruhe, Insektenstiche oder Gelenkschmerzen: es gibt wunderbare, schonend und sanft wirkende Möglichkeiten zur Eigenbehandlung aus dem Garten der Natur.

Sabine Geisler (Krankenschwester in der Naturheilkunde und Ayurvedatherapeutin) stellt am Donnerstag, 6. Oktober, in der Ökologiestation in Bergkamen-Heil Kräuter und Heilpflanzen zur innerlichen und äußerlichen Anwendung vor und gibt praktische Anwendungsdemonstrationen und -beispiele: Wickel, Waschungen, Auflagen, Öle und Tees.

Zu der Veranstaltung, die von 19.30 bis 21.30 Uhr dauert und 10,- € je Teilnehmer kostet, kann man sich unter 0 23 89-98 09 11 (auch Anrufbeantworter) beim Umweltzentrum Westfalen anmelden (die Teilnehmerzahl ist begrenzt). Seminarunterlagen werden zur Verfügung gestellt. Informationen zur Dozentin finden sich unter www.naturheilkunde-geisler.de.

Oliver Kaczmarek in den SPD-Landesvorstand wiedergewählt

Der Vorsitzende der SPD im Kreis Unna und heimische Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek wurde auf dem Landesparteitag der SPD Nordrhein-Westfalen am vergangenen Samstag in Bochum erneut in den Landesvorstand gewählt.



Oliver Kaczmarek, Bundestagsabgeordneter und

stellvertretender
bildungspolitischer
Sprecher der SPD-Fraktion.

Kaczmarek gehört dem Gremium seit 2006 an und engagiert sich landesweit insbesondere in bildungspolitischen Fragen.

Auf dem Parteitag wurde zudem ein Antrag der SPD im Kreis Unna zum Thema Sozialer Arbeitsmarkt verabschiedet. „Damit stellt sich die Landes-SPD hinter die Forderung, für Langzeitarbeitslose tariflich abgesicherte Beschäftigung im öffentlichen Bereich zu schaffen“, so der Unterbezirk. Auf Bundesebene scheitere dieses Vorhaben derzeit noch daran, dass der Finanzminister der Verwendung von passiven Leistungen für Arbeitslose als aktive Mittel für die Schaffung von öffentlicher Arbeit noch nicht zustimmt.

Bergkamener mit Komplizen nach Wohnungseinbruch geschnappt

Ein 30-jähriger Bergkamener ist am Dienstagnachmittag nach einem Wohnungseinbruch in Bönen von der Polizei als mutmaßlicher Täter festgenommen worden.

Gegen16.30 Uhr entdeckte der Einbrecher ein geöffnetes Fenster zur Wohnung eines Mehrfamilienhauses Auf dem Holtfeld in Bönen und stieg ein. In der Wohnung hielt sich zur Tatzeit die 81-jährige Bewohnerin in ihrem Schlafzimmer auf. Zum Glück kam gerade die 29-jährige Enkelin zu Besuch. Sie rief dem Mann zu, dass sie die Polizei verständigen werden. Anschließend flüchtete er ohne Beute.

Die Enkelin und eine Nachbarin verfolgten anschließend den Täter noch eine Weile, bevor sie ihn aus den Augen verloren. In Rahmen einer eingeleiteten Nahbereichsfahndung konnte der Tatverdächtige, nach Mitteilung der Polizei ein 30-jähriger mit festem Wohnsitz in Bergkamen, in einem Fahrzeug mit weiteren Personen angetroffen werden. Er wurde vorläufig festgenommen und nach erfolgter Vernehmung wieder entlassen.

Einbrecher hebeln Terrassentür auf und stehlen Schmuck

Am Dienstag hebelten Unbekannte in der Zeit von 9.30 Uhr bis 15.30 Uhr die Terrassentür eines Einfamilienhauses Im Burkamp in Weddinghofen auf und betraten das Haus. Sie durchsuchten alle Räume und entwendeten nach einem ersten Überblick diverse Schmuckstücke.

Wer hat Verdächtiges bemerkt? Hinweise bitte an die Polizei in Bergkamen unter der Rufnummer 02307 921 7320 oder 921 0.

Ruhrgebiet bewirbt sich um IGA 2027 – Bergkamen mit

Lünen einer von fünf zentralen Spielorten

Die Metropole Ruhr bewirbt sich um die Ausrichtung der Internationalen Gartenausstellung in 2027. Dabei soll Bergkamen zusammen mit Lünen eine wichtige Rolle spielen. Das Haldengebiet samt Wasserstadt und der Bereich rund um den Horstmarer See wird einer von fünf zentralen Veranstaltungsorten.



Regionaldirektorin Karola Geiß-Netthöfel und Josef Hovenjürgen, Vorsitzender der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr, haben am Dienstag im Beisein kommunaler Spitzenvertreter des Ruhrgebiets die Bewerbungsunterlagen an die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG) übergeben.

Dazu Josef Hovenjürgen: „Mit der IGA 2027 wird die Metropole Ruhr zum Schauplatz für innovative Landschafts- und Freiraumentwicklung. Ganz selbstbewusst wollen wir den ökologischen Wandel des Ruhrgebiets zu einem modernen und lebenswerten Ballungsraum nationalen und internationalen Besuchern zeigen.“

Karola Geiß-Netthöfel ergänzt „Erstmals bewirbt sich eine ganze Region um eine Internationale Gartenausstellung und beschreitet so ganz neue, spannende Wege der Präsentation. Die Städte und Kreise der Metropole Ruhr haben bereits bei der Internationalen Bauausstellung Emscher Park und der Kulturhauptstadt Ruhr.2010 erfolgreich unter Beweis gestellt, dass sie im Schulterschluss ein solches Großereignis meistern können.“

Um sich ein Bild von den potenziellen Schauplätzen einer IGA 2027 im Ruhrgebiet zu machen, hat eine zehnköpfige Bewertungskommission der Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft heute einige der Highlights der Stadt- und Freiraumplanung besucht. Mit einer Entscheidung der DBG ist in vier bis sechs Wochen zu rechnen.

Jochen Sandner, Geschäftsführer der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH (DBG) meint: „Schon Gelsenkirchen hat mit der BUGA 1997 die Entwicklungschancen vom Zechengelände zum Zukunftsstandort wahrgenommen. Die Inhalte der Machbarkeitsstudie für die IGA Metropole Ruhr 2027 haben die Dimension aufgezeigt, mit der ein Strukturwandel des gesamten Landschaftsraums und die Vernetzung der Städte verwirklicht werden könnte. Das war beeindruckend. Der Gartenbau in seiner ganzen Vielfalt von Produktionsgartenbau, Garten –und Landschaftsbau sowie den Baumschulen wird ein wichtiger und kompetenter Partner sein, um die vielen Teilprojekte umzusetzen. Ich bin mir sicher, dass die Region mit der Aufmerksamkeit, die eine IGA stets generiert, eine hohe Imageaufwertung in der positiven Wechselwirkung von Besuchern und Bewohnern erfahren wird.“

Wenn die Metropole Ruhr den Zuschlag bekommt, wird in einem nächsten Schritt das in der Machbarkeitsstudie zur IGA 2027 vorgeschlagene Konzept gemeinsam mit den Städten und Kreisen des RVR und weiteren Partnern konkretisiert. Dazu werden Wettbewerbe initiiert und Masterpläne entwickelt, die Inhalte sowie Kosten – bezogen auf einzelne Haushaltsjahre und Standorte – detailliert darlegen. Die Kostenschätzung der Machbarkeitsstudie dient dabei als Rahmenplanung. Bis Ende 2017 soll der Prozess abgeschlossen sein. Auf dieser Grundlage entscheiden die politischen Gremien abschließend, ob das Ruhrgebiet die IGA 2027 durchführen kann. Die Planungsergebnisse sind Grundlage eines mit der DBG abzuschließenden Vertrages.

Eine Idee nimmt Formen an

Die RVR- Verbandsversammlung hat am 11. März 2016 beschlossen, dass die Ruhrgebiets-Bewerbung um die IGA 2027 bei der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft in Berlin eingereicht wird. Eine vom RVR im Vorfeld in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie bescheinigt, dass eine regionalweite Ausrichtung der IGA im Ruhrgebiet durchführbar ist und zahlreiche Gäste anlocken wird.

Das von der Bürogemeinschaft Sinai (Berlin), scheuvens + wachten (Dortmund) und Imorde (Münster/Berlin) entwickelte IGA-Konzept sieht ein dezentrales Großereignis vor, das auf drei Ebenen realisiert werden kann: Fünf „Zukunftsgärten“ inklusive dreier Leistungsschauen sollen als Hauptinvestitions- und Haupteventstandorte (Hotspots) fungieren und umweltbezogene Kernfragen zu Klima und Energie begreifbar machen. Auf der zweiten Ebene („Unser Garten“) werden etwa 20 bis 25 der schönsten vorhandenen Parks und Gärten in der Region präsentiert. Auf der dritten Ebene erhalten die vielen Umweltinitiativen von Menschen aus dem Ruhrgebiet wie Urban-Gardening-Projekte unter dem Schlagwort „Dein Garten“ ein Forum.

Getragen werden soll die Internationale Gartenbauausstellung von den 53 Kommunen und vier Kreisen der Metropole Ruhr, von Verbänden wie Emschergenossenschaft und Lippeverband, der regionalen Wirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement gemeinsam mit dem Land NRW.

Den Zuschussbedarf für die Durchführung der IGA Metropole Ruhr 2027 schätzt die Studie auf etwa 42 Millionen Euro, verteilt auf mehrere Schultern und auf mehrere Jahre.

Das Großereignis würde umfangreiche Investitionen auslösen, geschätzt wird eine Höhe von über 300 Millionen Euro. Diese müssten aus unterschiedlichen Fördertöpfen finanziert werden. Zum Vergleich: Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscherpark wurden grüne Maßnahmen (Haldengestaltung, Radwege, Parkanlagen) mit einem Volumen von rund 500 Millionen Euro realisiert.

In Deutschland findet die IGA in der Regel alle zehn Jahre statt. 2017 wird die Internationale Gartenbauausstellung in Berlin eröffnet. Die nächste IGA wird 2027 in der Bundesrepublik stattfinden.

Unterstand aus Holz am Westfalenweg abgebrannt



Der Unterstand am Westfalenweg ist nur noch ein Trümmerhaufen. Foto: Feuerwehr.

Das war nicht mehr viel zu retten gewesen. Als die Feuerwehrleute der Löschgruppe Oberaden am Dienstagnachmittag am Westfalenweg eintrafen, brannte der Unterstand aus Holz bereits in voller Ausdehnung. Um die genauen Ursachen des Feuers kümmert sich jetzt die Polizei.

Die Löschgruppe wurde um 16.23 Uhr alarmiert. An dem Einsatz waren 15 Oberadener Feuerwehrleute beteiligt gewesen. Beendet war der Einsatz gegen 17.40 Uhr.

Karlheinz Röcher einer von drei Sprechern des Landesverbandes der Bergbaubetroffenen

Die Delegierten des Landesverbandes der Bergbaubetroffenen NRW (LVBB) – ein Zusammenschluss der Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet / Ibbenbüren, im Rheinland und am Niederrhein trafen sich am Montag in Bottrop-Kirchhellen zu ihrer Landesversammlung 2016.

Auf der Tagesordnung stand u.a. die Neuwahl der drei Vorstandssprecher. Wiedergewählt wurden Ulrich Behrens aus Rheinberg (geschäftsführender Vorstandssprecher) und Klaus Wagner aus Dorsten. Neu gewählt wurde Karlheinz Röcher vom Aktionskreis Wohnen und Leben Bergkamen e.V.

„Damit ist das östliche Ruhrgebiet im LVBB nun auch auf der Sprecherebene vertreten“, stellt der Aktionskreis fest. Darüber hinaus ist Karlheinz Röcher seit 2009 auch in der Schlichtungsstelle „Bergschaden NRW“ ehrenamtlich für den LVBB tätig bzw. unterstützt dort auch Bergbaubetroffene (Vereinsmitglieder) in deren Schlichtungsverfahren.

Kunstrasen statt Ausbau der Nördl. Lippestraße: Ortsvorsteherin befürchtet Aufstand der Heiler Bürger

Ortsvorsteherin Rosemarie Degenhardt befürchtet einen Aufstand der Heiler Bürgerinnen und Bürger, wenn der Stadtrat am Donnerstag tatsächlich den im Doppelhaushalt für 2017 verankerten Ausbau der Nördl. Lippestraße tatsächlich verschieben sollte. Diese Straße sei viel zu schmal, um die Verkehre zur Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule aufzunehmen. Außerdem befinde sie sich in einem miserablen Zustand.

Das zeitliche Verschieben des Straßenbaus hat die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag ins Spiel gebracht, das Nordbergstadion mit einem neuen Kunstrasen auszustatten. 400.000 Euro werden dafür benötigt, zur Verfügung stehen allerdings bisher im Doppel-Haushalt für die Unterhaltung von Sportstätten lediglich 200.000 Euro zur Verfügung. Der Rest solle laut SPD durch die Verschiebung des Ausbaus der Nördlichen Lippestraße aufgebracht werden. Wie SPD-Fraktionschef Bernd Schäfer am Dienstag bestätigte, soll die Planung für den Straßenbau in Heil 2017 erfolgen und der tatsächliche Ausbau ein Jahr später

in 2018.

Die Ortsvorsteherin und CDU-Stadtverordnete betonte am Dienstag wie auch ihr Fraktionsvorsitzender Thomas Heinzel, dass sie die Notwendigkeit der Erneuerung des Kunstrasenplatzes nicht in Frage stellen würde. Allerdings müsse die Restfinanzierung auf anderen Wegen erfolgen.

Thomas Heinzel vermisst zum Beispiel die Prüfung, ob die noch benötigten 200.000 Euro im Budget des Bereichs „Schule, Sport und Weiterbildung“ vorhanden seien. Außerdem fehlt ihm ein Gesamtkonzept. „Wie ist der Zustand der anderen Kunstrasenplätze und wann müssen sie saniert werden?“, fragt er. So befinde sich seines Wissens nach der Kunstrasenplatz in Rünthe in einem nicht viel besseren Zustand.

CDU plädiert für höhere Vergnügungssteuer bei Geldspielgeräten

Anfang 2017 soll die Berechnung der Vergnügungssteuer für Geldspielgeräte in Bergkamen auf einer anderen Basis erfolgen. Hier möchte bei dieser Gelegenheit die CDU-Fraktion die Steuerschraube noch ein bisschen stärker anziehen, als es die Verwaltung ohnehin geplant hat.

Künftig soll, so der Plan, die Vergnügungssteuer nicht mehr auf der Basis des Einspielergebnisses., sondern auf der Basis des Spieleinsatzes erfolgen. Hier schlägt die Verwaltung dem Stadtrat vor, der darüber am Donnerstag entscheidet, den Steuersatz auf 4,7 Prozent des Spieleinsatzes festzulegen. Hieraus könnte n sich Mehreinnahmen von knapp 100.000 Euro pro Jahr ergeben. Genau lasse sich das aber nicht prognostizieren,

betont die Verwaltung.

Dieser neue Steuersatz geht für CDU-Fraktionschef Thomas Heinzel nicht weit genug. Seine Fraktion schlägt vor, 5,5 Prozent anzusetzen. Dieser Steuersatz sei durch das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen quasi „abgesegnet“ worden. Erhoben werden diese 5,5 Prozent von der Stadt Dortmund.

Der CDU gehe es gar nicht mal um die zu erwartenden Mehreinnahmen, betonte Heinzel. Vielmehr gehe es darum, die Spielhallen und damit auch die Spielsucht in Bergkamen zurückzudrängen.

Weißer VW Amorak beim Autohändler an der Werner Straße gestohlen

In der Nacht zu Dienstag haben unbekannte Täter sich Zutritt zum Ausstellungshof eines Autohauses an der Werner Straße verschafft. Sie entwendeten einen weißen, nicht zugelassenen VW Amarok.

Wer hat Verdächtiges bemerkt? Hinweise bitte an die Polizei in Bergkamen unter der Rufnummer 02307 921 7320 oder 921 0.